



Herbst 2018

Herbstbrief

von Bettina M.

Wiesmann MdB

Bundestagsabgeordnete

im Wahlkreis 183

Frankfurt am Main

Norden | Osten | Süden



Bericht aus
Berlin
Seite 3

Berlin –
Frankfurt
Seite 5

Landtags-
wahl
Seite 6

Frankfurt
vor Ort
Seite 11



Liebe Freunde und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagswahl liegt ein Jahr zurück. Das Parlament arbeitet auf Hochtouren, um die versäumte Zeit der schwierigen Regierungsbildung aufzuholen. Meine Aufgaben als Ausschussmitglied in Sachen Familie und Verteidigung sowie als Vertreterin Frankfurts in Berlin nehme ich intensiv wahr; die Berliner Sommerpause habe ich für Veranstaltungen in Frankfurt genutzt.

Mit Ralph Brinkhaus haben wir einen neuen Vorsitzenden an die Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Der Wechsel wird unsere Fraktion stärken und so auch der Arbeit der Bundesregierung zugute kommen. In den letzten Monaten ist in der Bevölkerung Vertrauen verloren gegangen, das wir zurückgewinnen wollen. Ruhe allein genügt dafür nicht, es braucht ein selbstbewusstes, gleichwohl besonnenes Agieren der Fraktion gegenüber allen Partnern in der Koalition und darüber hinaus die Bereitschaft, sich den Enttäuschten in der Bevölkerung aktiv zuzuwenden.

Unmittelbar bevor stehen die bayerischen und die hessischen Landtagswahlen. Beide bedeuten wichtige Weichenstellungen für Deutschland, dabei liegt mir die Hessenwahl nach neun Jahren Landtagsmandat für Bornheim, das Nordend und das Ostend naturgemäß besonders am Herzen. Demokratie vergibt Verantwortung auf Zeit, und wo Dinge im Argen liegen, braucht es den Wechsel. Wo es gut läuft, kann und sollte die Beauftragung erneuert werden. Bayern ist ein vorbildlich geführtes Bundesland, und auch in Hessen läuft es hervorragend unter CDU-Führung. Die Landesregierung verfolgt einen klaren bürgerlichen Kurs - mit soliden Staatsfinanzen, hohen Investitionen in Bildung und Wissenschaft, aber auch in innere und soziale Sicherheit. Es gibt keine Wechselstimmung in Hessen, und es gibt auch keinen Grund dafür.

Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie am 28. Oktober zur Wahl, und geben Sie Ihre beiden Stimmen der CDU -, damit der kluge Kurs an der Spitze unseres Landes fortgeführt werden kann!

Auf den folgenden Seiten finden Sie Informationen und Stellungnahmen rund um diese Themen.

Ihnen und Ihren Lieben wünsche ich persönliches Wohlergehen, uns allen gemeinsam gute politische Entscheidungen in diesem Herbst – Ihre

Bettina M. Wiesmann

Aufbruch in der Bundestagsfraktion · Haushaltsentwurf 2019 mit spürbarer Entlastung für Familien

Während die Sommerpause in eine Haushaltswoche mündete und abermals ein zukunftsweisender Haushalt ohne neue Schulden eingebracht worden ist, haben Nachrichten von abseits des Plenarsaals viele unnötige Schlagzeilen produziert. Meine persönliche Auffassung zur Personalie Maaßen ist, dass ein Spitzenbeamter sich in den Medien besser zurückhält, wenn es um die Kommentierung aktueller Ereignisse geht. Die am Ende gefundene Regelung – Maaßen bleibt mit neuen Aufgaben, aber ohne Beförderung – hat den Vorteil, dass ein erfahrener Beamter weiterhin dem Lande dienen wird. Über die Frage des erforderlichen Vertrauens in seine Arbeit muss die Bundesregierung entscheiden.

Die Wahl eines neuen Fraktionsvorsitzenden hat ebenfalls viel Aufmerksamkeit gefunden und meines Erachtens gerade in den Medien fehlgehende Bewertungen hervorgerufen. Eine Abstimmung zwischen personellen Alternativen zeigt ein vitales Demokratieverständnis, das von der größten Bundestagsfraktion auch erwartet werden muss! Ralph Brinkhaus hat überzeugend dargelegt, dass er seinen Hut als Bewerber FÜR dieses wichtige Amt in den Ring geworfen hat und nicht gegen eine andere Person.

Volker Kauder hat die Fraktion 13 Jahre lang geführt und sich unbestritten größte Verdienste erworben. Dass die Kanzlerin ihn zur Wiederwahl vorgeschlagen hat, entspricht dieser Leistung und dem damit verbundenen Commitment. Die Entscheidung für den Nachfolger ist in keiner Weise eine Entscheidung gegen die Bundeskanzlerin, sondern die konsequente Fortsetzung der Erneuerung bei laufendem Betrieb, zu der sowohl die Berufung z.B. Anja Karliczeks, Julia Klöckners und Jens Spahns zu Ministern gehören als auch diejenige Annegret Kramp-Karrenbauers zur Generalsekretärin. Dass Beobachter von außen sich fast ausschließlich mit den angeblichen Folgen für die Stellung der Bundeskanzlerin befassen, ist schlichtweg enttäuschend. Die vorherrschende Kritik am „destruktiven

Misstrauensvotum“ (Spiegel vom 25. September 2018) stößt Bürgerinnen und Bürger vor den Kopf, die von der Union kluge Politik und weitsichtige Führungsentscheidungen erwarten und erwarten sollen. Letzterem haben wir mit der Wahl von Ralph Brinkhaus entsprochen.



Im Plenarsaal

Leider wenig Erwähnung finden wichtige im Haushalt 2019 verankerte Vorhaben, z.B. dass alle Familien ab dem kommenden Jahr finanziell entlastet, sozial schwächere Familien stärker unterstützt und mit dem Gute-Kita-Gesetz die Qualität der Kinderbetreuung deutschlandweit vorangebracht werden soll. Zusammen werden dafür im kommenden Jahr über 4,5 Milliarden Euro zusätzlich eingestellt. Und für das familienentlastende Baukindergeld wurden innerhalb der ersten 14 Tage 20.000 Anträge im Wert von 415 Mio Euro gestellt.

Die Bundesregierung hat zudem einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Personals in der Pflege vorgelegt, mit dem die Arbeitsbedingungen in der Pflege ebenso verbessert werden wie die Bezahlung der Pflegekräfte und die finanzielle Ausstattung der Kliniken. Unterstützt wird dies mit einem dazu eingerichteten Fonds in Höhe von 4 Milliarden Euro. Zufrieden bin ich zunächst auch damit, dass das Verteidigungsbudget 2019 steigt und wichtige Vorhaben im kommenden Jahr finanziert werden können. Die Mittelfristplanung lässt hier allerdings zu wünschen übrig.

Kein Diesel-Fahrverbot für Frankfurt!

Landes- und Bundesregierung handeln, auch Frankfurt ist gefordert!

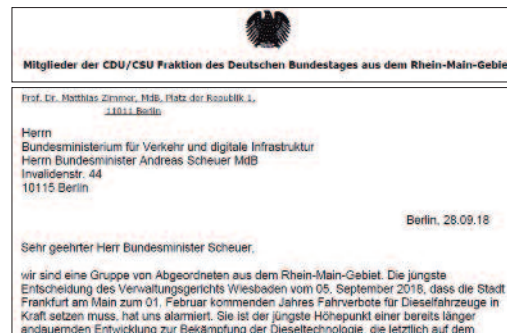
In einem offenen Brief vom 28. September 2018 haben die Frankfurter CDU-Bundestagsabgeordneten Wiesmann und Prof. Dr. Zimmer gemeinsam mit sieben weiteren Abgeordneten des Rhein-Main-Gebiets den Bundesverkehrsminister aufgefordert, alles zu tun, um die in Frankfurt und der Region drohenden Fahrverbote abzuwenden und unsere Ziele Luftreinhaltung, Klimaschutz und individuelle Mobilität in Einklang zu bringen. Konkret haben wir gefordert: einen Entschädigungsfonds für die betroffenen Automobilbesitzer, der hauptsächlich von der Automobilindustrie gespeist wird; die Umrüstung der betroffenen Fahrzeuge durch die Hersteller, wo immer möglich; ein Maßnahmenpaket des Bundes, um in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen weitere Fahrverbote zu verhindern; die Beschleunigung und ggf. Ausweitung der Bundes-Förderprogramms zur Umrüstung von Bussen der kommunalen Nahverkehrsbetreiber; die Beschleunigung der Zulassung geeigneter Nachrüstungssysteme durch die zuständigen Bundesbehörden; die zügige Umsetzung der wichtigen Infrastrukturprojekte im Rhein-Main-Gebiet zur Entlastung des Straßennetzes, insbesondere aber zum Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs.

Bettina M. Wiesmann: „Wiesbaden und der Bund haben beherzt gehandelt, um die in Frankfurt und anderswo drohenden unverhältnismäßigen Fahrverbote abzuwenden und einen Verkehrskollaps in der Region zu vermeiden. Die Landesregierung hat mit ihrem Rechtsmittel gegen das Wiesbadener Urteil dafür gesorgt, dass die im Bund geplanten Maßnahmen zur Umrüstung städtischer Fahrzeuge und ergänzenden gesetzlichen Regelungen vor Ort greifen und Fahrverbote hinfällig werden. Berlin hat sein Sofortprogramm Saubere Luft von 2015 ausgeweitet und um ein weiteres Sofortprogramm Sauberes Fahren ergänzt: Schwere Kommunalfahrzeuge sowie Handwerker- und Lieferfahrzeuge sollen per Hardware-Nachrüstung sauber werden; in besonders belasteten Städten (zu denen Frankfurt nicht zählt) sollen Umtauschaktionen und, wo möglich, auch Hardware-Nachrüstungen für Pkws angeboten werden – mit substantziellen Beiträgen der Hersteller und kei-

nesfalls auf dem Rücken der Autobesitzer. Eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes soll dafür sorgen, dass Städte mit geringen Überschreitungen der Grenzwerte von diesen Hilfen Gebrauch machen und die Luftreinheit ohne Verkehrsbeschränkungen zügig verbessern können.

Dies ist eine gute Lösung im Hinblick auf unser Bestreben, saubere Luft, Klimaschutz und individuelle Mobilität zu vereinbaren. Dazu haben wir uns in Deutschland und Europa zu Recht ehrgeizige Ziele gesetzt, und seit Jahren geht die Stickoxidbelastung in deutschen Städten auch spürbar zurück. Um auf diesem Weg weiter voranzukommen, ist es richtig, auf moderne Technologie zu setzen und den Flottenwechsel zu beschleunigen – nicht aber, den Dieselmotor zu verteufeln oder die Automobilindustrie pauschal zu diffamieren.

Jetzt ist die Stadt Frankfurt gefordert, die Fördermittel des Bundes auch in Anspruch zu nehmen und schnell für besseren Verkehrsfluss, einen sauberen ÖPNV und eine vernünftige Parkraumpolitik zur Verhinderung von Belastungen durch den Parkplatzsuchverkehr zu sorgen. Auf diesen Gebieten, insbesondere bei der Inanspruchnahme der Bundesgelder und bei der Gestaltung des innerstädtischen Verkehrs – bisher Konzentration auf wenige Ein- und Ausfallstraßen mit immer weniger Fahrspuren, Rückbau von oberirdischen Parkmöglichkeiten ohne entsprechenden Ausgleich durch z.B. Quartiersgaragen – hat Frankfurt im Wortsinn noch Luft nach oben.“



Brief der Bundestagsabgeordneten aus dem Rhein-Main-Gebiet an den Bundesverkehrsminister

Heimat schaffen. Heimat bewahren – Wie Integration in unserem Land gelingt

Bürgergespräch und Podiumsdiskussion am 20. August 2018

Volles Haus in der Frankfurt School of Finance & Management. Über 100 Gäste waren zu der Veranstaltung erschienen, ausgerichtet vom Kreisverband und der Bundestagsabgeordneten Bettina M. Wiesmann, die durch die Diskussion führte. Auf dem Podium saßen Dr. Ralf-Norbert Bartelt MdB, Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler und Cornelia Goldstein vom Verein Netzwerk beramí e.V., Ehrengast war die Staatsministerin im Bundeskanzleramt, Annette Widmann-Mauz MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

„Wir wollen Zusammenleben, das Heimat schafft und Heimat bewahrt - auf Basis unserer Rechts- und Werteordnung und der kulturellen Prägungen unseres Landes! Dafür ist in Hessen enorm viel geleistet worden, und der Weg muss fortgesetzt werden!“

„Es ist unerlässlich, über dieses sensible Thema zu reden und die Herausforderungen nicht zu verschweigen“, stellte Wiesmann fest. Dr. Bartelt ergänzte: „Migrations- und Integrationspolitik bleibt eine zentrale Herausforderung. Dabei ist insgesamt, besonders aber in Hessen, enorm viel auf den Weg gebracht und erreicht worden, um Zuwanderer bei uns heimisch werden zu lassen und Alteingesessenen ihre Heimat als Ort von Sicherheit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und kultureller Geborgenheit zu bewahren. Aber wir sind noch nicht am Ziel.“

Widmann-Mauz würdigte die Arbeit der Hessischen Landesregierung. Ministerpräsident Bouffier habe von Anfang an pragmatisch und konsequent gehandelt, z.B. durch den frühen Aufbau von Erstaufnahmeeinrichtungen, die nicht nur den Ansturm der Flüchtlinge bewältigt, sondern sehr rasch die Bearbeitungszeiten von Asylentscheidungen beschleunigt hätten. „In Zusammenarbeit mit Frankfurt und den anderen Kommunen ist es uns gelungen, die Flüchtlinge bestmöglich unterzubringen und ihnen einen guten Start vor Ort zu ermöglichen, einschl. Kinderbetreuung, Sprach- und Schulbildung, Ausbildung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt. Jetzt, wo die Flüchtlingszahlen deutlich nachgelassen haben, ist es wichtig, weiter mit Hochdruck an diesen Aufgaben zu arbei-

ten. Der Hessische Integrationsplan bietet dafür einen guten Rahmen und die erforderlichen finanziellen Mittel: zivilgesellschaftliche Institutionen wie beramí leisten unersetzliche Beiträge auf diesem Weg“, führte Dr. Bartelt aus.

Diese Erfolge der Integrationspolitik, ergänzte Wiesmann, müssten auch herausgestellt werden. Es sei zu wenig bekannt, wie viele Flüchtlinge einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden hätten: So weise die Bundesagentur für Arbeit (BA) aktuell darauf hin, dass im Mai 2018 fast 307.000 Personen aus den acht Haupt-Asylzugangsländern einer Beschäftigung nachgingen, während es ein Jahr zuvor über 100.000 Personen weniger gewesen seien. Auch wüssten nur wenige, dass die Zahl der hessischen Schulabbrecher mit Migrationshintergrund genauso halbiert worden sei wie die der einheimischen Schulabbrecher.

„94 % der Menschen mit Migrationshintergrund und 93 % der Menschen ohne Migrationshintergrund fühlen sich in Hessen „sehr wohl“ oder „eher wohl“. Diese Zahlen aus dem Hessischen Integrationsmonitor 2018 zeigen, dass wir eine gute Voraussetzung haben, Heimat zu schaffen und Heimat zu bewah-



ren. Andererseits müssen bestehende Probleme, z.B. der kulturellen Integration muslimischer Familien, klar benannt werden. Dabei ist die Bereitschaft zum tatkräftigen Engagement der einheimischen Bevölkerung von größter Bedeutung. Genauso wichtig sind eine unverhandelbare gemeinsame Wertebasis und verbindliche Regeln. Erfolge würdigen, Sorgen ernst nehmen, Probleme beherzt angehen, viel miteinander reden – so kann Integration in unserem Land dauerhaft gelingen. Diskussionen wir am vergangenen Montag sind ein wichtiger Beitrag dazu“, fasste Wiesmann zusammen.

Kandidat für den Frankfurter Norden: Boris Rhein MdL

Wahlkreis 39 – Bergen-Enkheim, Berkersheim, Bonames, Eckenheim, Fechenheim, Harheim, Kalbach, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach, Preungesheim, Riederwald und Seckbach



Boris Rhein MdL – Hessischer Minister für Bildung und Kunst

Erreichte politische Ziele

Während meiner gesamten politischen Tätigkeit, insbesondere als Innen-Staatssekretär und Innenminister, habe ich mich entschieden für die Sicherheit in unserem Land eingesetzt. Diesen Weg hat die Landesregierung seitdem konsequent fortgesetzt: noch nie war die Aufklärungsquote (62,8 %) so hoch wie heute, und die Anzahl der Straftaten ist auf dem niedrigsten Stand seit 1980. Nun habe ich als Wissenschaftsminister die Möglichkeit, Hessens Zukunft aktiv zu gestalten: In unseren Forschungseinrichtungen gibt es eine Vielzahl an spannenden Projekten und Ideen, die unsere Welt besser und aufregender machen. Durch das bundesweit einmalige Forschungsförderprogramm LOEWE haben wir bereits Investitionen von mehr als 1,5 Mrd. € getätigt. Gleichzeitig investieren wir bis 2025 4 Mrd. € in die

bauliche Erneuerung der hessischen Hochschulen und schaffen so herausragende Bedingungen für Wissenschaftler und Studenten.

Zukünftig politische Ziele

Ich möchte daran mitarbeiten, dass Hessen leistungsstark, modern und sicher bleibt. Den Wissenschaftsstandort Hessen und insbesondere Frankfurt möchte ich nachhaltig stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern.

Dazu braucht es: Attraktive Stadtteile durch Förderung des Einzelhandels, Sicherung der Nahversorgung und Unterstützung von Handwerk und Mittelstand.

Den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Gemeinsam mit Bettina Wiesmann auf dem Podium bei einer Veranstaltung zur Campusmeile. Siehe S. 11.

Ein gegliedertes Schulwesen, um weiterhin Wahlfreiheit zu garantieren, und keine Zwangseinheitsschule, wie die SPD sie fordert.

Einen konsequenten Kurs bei der Inneren Sicherheit, besonders eine starke Präsenz und Ausstattung unserer Polizei.

Die weitere Förderung und Unterstützung unserer Vereine und der Freiwilligen Feuerwehren, weil sie unverzichtbare Bausteine unserer Gesellschaft sind.

Die nachhaltige Stärkung der Frankfurter Kultur- und Museumslandschaft.

Die Verhinderung der von der SPD geplanten Trabantstadt im Frankfurter Norden zwischen Nieder-Eschbach, Nieder-Erlenbach und Harheim, die die letzten Frischluftschneisen, Erholungsräume und Erzeuger regionaler Produkte zerstören würde.

Kandidat für den WK 38: Bodo Pfaff-Greiffenhagen MdL

Wahlkreis 38 – Bornheim, Nordend und Ostend

Wofür ich stehe

„Zur Politik bin ich durch den guten Rat meiner Frau gekommen: „Nicht meckern, sondern machen.“ Wer mich kennt weiß, dass ich Politiker mit Herz und Leidenschaft bin. Frankfurt ist für mich keine Wahlheimat, sondern Geburtsstätte. Entsprechend liegt mir der Kontakt und Austausch mit meinem Wahlkreis am Herzen. Politik bedeutet für mich



Bodo Pfaff-Greiffenhagen MdL

Transparenz, Kommunikation und Umsetzung. Ich stehe meinen Wählerinnen jederzeit Rede und Antwort, habe immer ein offenes Ohr und werde Lösungen nicht nur besprechen, sondern sie auch umsetzen. Auch in einer Großstadt wie Frankfurt am Main gilt es, Heimat zu bewahren. Dafür stehe ich, und dafür setze ich mich ein. Der 28. Oktober wird eine Richtungswahl sowohl für Hessen als auch für Frankfurt, und ich freue mich auf die vor uns liegenden, spannenden Wochen.

Bildung

Unsere Schulen stehen vor großen Veränderungen, auch in Zukunft müssen wir den hohen Ansprüchen an unsere Bildungslandschaft gerecht werden. Die aktuelle Legislaturperiode ist geprägt von einem Aufschwung der Anzahl der Lehrkräfte in Hessen. Insgesamt wurden so viele Lehrer eingestellt wie nie zuvor in Hessen, der Bildungsetat lag 2017 auf dem Höchststand. Gute Bildung ist

und bleibt ein Markenzeichen der CDU. Damit das auch so bleibt, darf man sich nicht auf Lorbeeren ausruhen. Die Digitalisierung, Integration und sanierungsbedürftige Gebäude stellen viele Schulgemeinden schon heute vor große Herausforderungen. Gute Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft, hier gilt es anzupacken!

Sicherheit

Frankfurt muss sicher bleiben. Gemeinsam mit dem Land Hessen werde ich mich dafür einsetzen, dass die hohen Standards und Investitionen in unsere Sicherheit erhalten bleiben. Konkret heißt das, dass Investitionen in mehr Polizeistreifen, gerade in städtischen Problemzonen, steigen werden. Für Kriminalität ist in Frankfurt kein Platz!



Kandidat für den Süden Frankfurts: Michael Boddenberg MdL

Wahlkreis 37 – Goldstein, Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen und Schwanheim

Starkes Hessen

Die Landtagswahl am 28. Oktober wird eine Richtungsentscheidung für Hessen. Hessen ist ein starkes Land. Das soll auch zukünftig so bleiben. Dafür arbeitet die CDU seit mittlerweile 19 Jahren äußerst erfolgreich. Wir sind bereit, weiterhin Verantwortung zu übernehmen. Gemeinsam mit unserem Spitzenkandidaten, Ministerpräsident Volker Bouffier, wollen wir auch in Zukunft unser Land im Sinne aller Bürger, Familien und Unternehmen gestalten und die Spitzenpositionen Hessens ausbauen.

Gute Bildung – bezahlbares Wohnen

Gleichzeitig ist es mir ein großes Anliegen, meine Arbeit als direkt gewählter Abgeordneter für unseren schönen und zugleich spannenden Frankfurter Süden fortsetzen zu können. Rekordinvestitionen in die Lehrerversorgung, eine breite und vielfältige Schullandschaft sowie landesweit gute Kinderbetreuung, im Kindergarten zudem weitestgehend gebührenfrei, sind vorzeigbare Erfolge der Landespolitik.

Daneben hat die Situation auf dem Wohnungsmarkt oberste Priorität. Der anhaltende Zuzug in die Rhein-Main-Region kann nicht allein von der Stadt Frankfurt bewältigt werden. Hier brauchen wir ein viel größeres Engagement der Umlandkommunen, indem von den insgesamt 2.300 Hektar zur Verfügung stehenden Baulandflächen deutlich mehr als die bisher lediglich ca. 12 Prozent auch erschlossen werden. Dies wollen wir durch eine gezielte finanzielle Unterstützung der Kommunen erreichen.

Flughafen ausbauen, Lärm begrenzen

Ich habe den Ausbau des Flughafens immer befürwortet und gleichzeitig zugesagt, alles daran zu setzen, die mit dem Ausbau einhergehenden Belastungen in Grenzen zu halten. Am Flughafen Frankfurt arbeiten fast 81.000 Menschen aus der Region. Er ist damit die größte Arbeitsstätte in Deutschland und ein Jobmotor, der berufliche Perspektiven für Menschen mit unterschiedlichsten Qualifikationen eröffnet. Damit Hessen stark bleibt, wollen wir den Flughafen in seiner Drehscheibenfunktion als Weltflughafen festigen, bestehende Arbeitsplätze sichern und neue



Michael Boddenberg MdL

Arbeitsplätze schaffen. Am Planfeststellungsbeschluss und dem Mediationsergebnis halten wir uneingeschränkt fest. Wir unterstützen auch die vorgezogene Errichtung des Flugsteiges G, um nach Möglichkeit bereits 2020 die bisherigen Terminalgebäude 1 und 2 zu entlasten und die Abfertigungsqualität mit Blick auf das Passagierwachstum zu verbessern.

Zur weiteren Entwicklung des Flughafens bedarf es der breiten Akzeptanz der Rhein-Main-Region und ihrer Bewohner. Dies setzt voraus, dass die Fraport AG und auch die Luftverkehrsgesellschaften alles technisch Mögliche, rechtlich Zulässige und ökonomisch Vertretbare tun, um die Belastung mit Fluglärm zu begrenzen. Unsere Anstrengungen in den vergangenen Jahren haben sich gelohnt. An den Vereinbarungen zu Lärmpausen und Lärmobergrenzen werden wir festhalten. Weitere Anreizsysteme, z. B. eine stärkere Spreizung der Landegebühren, werden dazu führen, dass die Flottenerneuerung und damit der Einsatz leiserer Flugzeuge beschleunigt wird. Auch an einer weiteren Optimierung bei den Flugrouten werden wir mit aller Kraft arbeiten.

Anpacken für Frankfurt

Frankfurt, als ein Motor in unserer wirtschaftlich starken Region, braucht auch in Zukunft einen verlässlichen Vertreter, der nicht nur zuhört, sondern anpackt. Damit diese Stärke weiter ausgebaut wird, benötigt der Frankfurter Süden ein Gesicht und eine starke Stimme in Wiesbaden. Dafür stehe ich als selbstständiger Familienunternehmer und als Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag.

Grenzenlose Sicherheit in Europa – Welchen Schutz braucht unsere Freiheit?

Podiumsdiskussion am 4. September 2019

Eingeladen hatte Bettina M. Wiesmann MdB, die dem Verteidigungsausschuss als Berichterstatterin für europäische Sicherheit und Verteidigung angehört, gemeinsam mit dem CDU-Vorsitzenden Jan Schneider in den Kinosaal des Deutschen Filmmuseums, dessen 130 Plätze voll besetzt waren. Ehrengast war der bayerische Innenminister Joachim Herrmann; mit ihm diskutierten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Michael Boddenberg, der Vorsitzende des Verbandes Bundespolizei beim Bund Deutscher Kriminalbeamter, Thomas Mischke, und Wiesmann selbst. Die Moderation übernahm Uta Rasche von der GIZ.

Bettina M. Wiesmann: „Regeln des Rechtsstaats müssen gelten. Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen sind unverzichtbar an den Außen- wie den Binnengrenzen Europas.“

„Die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Kriminalität, des menschenverachtenden globalen Terrorismus und des hohen Wanderungsdrucks nach Europa stellen das freiheitliche und freizügige Europa auf eine Bewährungsprobe. Wir werden unsere freiheitliche Ordnung nur aufrechterhalten können, wenn wir den Regeln unseres Rechtsstaats ohne Abstriche zur Geltung verhelfen. Dabei haben die Außengrenzen Europas und ihr Schutz, aber auch die Grenzen in Europa eine hohe Bedeutung, das wird auf absehbare Zeit so bleiben und darf auch beim Namen genannt werden“, bilanzierte Wiesmann nach der intensiven Podiums- und Publikumsdiskussion.

„Es ist unabdingbar, auch an den Binnengrenzen des Schengen-Raums Grenzkontrollen durchzuführen, solange die Außengrenzen Europas nicht wirksam geschützt werden können. In dieser Hinsicht machen wir Fortschritte, z.B. mit den Sicherheitsmissionen von

NATO und EU im Mittelmeer, Sea Guardian und SOPHIA, die mit deutscher Beteiligung die Seeraumüberwachung im Mittelmeer unterstützen, Schleuserbanden bekämpfen und die libysche Küstenwache unterstützen. Aber es bleibt noch viel zu tun, z.B. um die Reform des Dublin-Verfahrens hin zu einem echten Europäischen Asylsystem zu erreichen, woran mit Hochdruck gearbeitet wird. Ein Hindernis sind die unterschiedlichen Verfahren und Versorgungsstandards für Asylbewerber in einigen Ländern, die besonders Deutschland zu einem besonders attraktiven Asylland machen. Ohne eine Harmonisierung auf diesem Gebiet wird eine stabile Verteilung der Schutzsuchenden kaum erreichbar sein“, führte Wiesmann aus.

„Aber auch unter Bedingungen gut gesicherter EU-Außengrenzen wird Schengen-Europa nicht ohne Kontrollen und Sicherheitsmaßnahmen entlang oder im Umfeld der Binnengrenzen auskommen. Das in Bayern erfundene und derzeit in NRW praktizierte Instrument der Schleierfahndung zeigt enorme Erfolge. Der Aufgriff illegaler Einwanderer spielt dabei längst nicht die Hauptrolle; es sind Kriminalitätsakte aller Art, von Drogenhandel über Autodiebstahl bis zu Straßenskriminalität, die aufgedeckt und einer rechtsstaatlichen Ahndung zugeführt werden. In NRW führen deutsche und niederländische Grenzpolizisten höchst erfolgreich gemeinsame Kontrollen im Grenzgebiet durch. Wir sollten stolz auf diese Sicherheitsmaßnahmen sein, die besonders in den unionsgeführten Ländern, wie Bayern, Hessen und NRW, systematisch zum Einsatz kommen und effektiv Schutz und Vertrauen geben. Wenn wir diesen Weg selbstbewusst weiter beschreiten, erhalten wir die Voraussetzungen für eine humane Asyl- und Migrationspolitik, die denen zugute kommt, die unsere Hilfe wirklich brauchen.“



Jedem Kind den passenden Bildungsweg! Vielfalt statt Einfalt!

Aus dem Landtagswahlprogramm 2018 der CDU

Am 8. September hat der 112. Landesparteitag der CDU Hessen das Programm für die anstehenden Landtagswahlen verabschiedet. Es wurden wichtige Anträge der CDU Frankfurt ganz oder in wesentlichen Teilen übernommen, die auf Initiativen von Sara Steinhart, Vorsitzende des Fachausschusses Bildung der CDU Frankfurt, und Bettina M. Wiesmann MdB zurückgehen. Hier einige besonders wichtige Punkte aus dem Bildungskapitel:

Förderung nach Begabung und Talent statt Einheitsbrei

„Jedes Kind und jeder Jugendliche soll die besten Chancen bekommen und nutzen. Deshalb brauchen wir die größtmögliche Vielfalt an Angeboten bei höchstmöglicher Durchlässigkeit. Leistung muss sich lohnen. Man kann nicht alle Kinder über einen Kamm scheren. Deshalb erteilen wir Einheitsschulen und Einheitslehrern für alle Schulen eine klare Absage.“

Grundschulen

„Wir wollen die Verzahnung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule durch eine qualifizierende und qualifizierte Schulvorbereitung weiter verbessern.“

„Im Hinblick auf die Qualitätssicherung der Gymnasien wird künftig stärker der Notendurchschnitt in der vierten Klasse berücksichtigt. Wir halten an der Grundschulempfehlung fest, wobei am Ende der Elternwille maßgebend bleibt.“

„Wir werden mit einer breit angelegten, strukturierten Elterninformation (...) dafür sorgen, dass hessenweit die Viertklässlereltern rechtzeitig (...) über die Vorzüge, Chancen und Anschlussmöglichkeiten der nichtgymnasialen und beruflichen Bildung orientiert sind. (...) Insbesondere werden wir die erweiterten Informationsbedürfnisse von Eltern berücksichtigen, die noch nicht lange in Deutschland leben und unser Schul- und Ausbildungssystem nicht kennen.“

Gymnasien

„Wir stehen für den Erhalt des Gymnasiums in seiner Funktion für die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife.“

„Verbunden mit einem klaren Bekenntnis zum Bildungsföderalismus, befürworten wir mehr Vergleichbarkeit bei den Abitur-Abschlüssen unter den Ländern, ohne dabei inhaltliche Abstriche vornehmen zu müssen.“

Starke und Schwache gleichermaßen fördern

„Die Unterstützung der Schulen z.B. in Form von multiprofessionellen Teams, bestehend aus Schulsozialarbeitern, sozialpädagogischen Fachkräften und Schulpsychologen, bauen wir aus.“

„Ebenso wollen wir das Potenzial (...) hochbegabter und leistungsstarker Schüler gezielt fördern. Wesentlich ist dabei der Ausbau der Hochbegabtenförderung und der Förderung leistungsstarker Schüler durch den Aufbau entsprechender Kapazitäten in ganz Hessen.“

Lerninhalte fortentwickeln

„(...) Wir wollen Schulen ermutigen und besonders fördern, die sich der europäischen Mehrsprachigkeit – einschließlich der „alten“ europäischen Kultursprachen Latein und Griechisch – verschrieben haben. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterführende Schulen mit diesem Schwerpunkt als sog. Profilschulen besondere Möglichkeiten zur Erweiterung der Stundentafel (...) erhalten und ein breites Spektrum profilbezogener Aktivitäten verlässlich anbieten.“

„Die Ausweitung von bilingualen Unterricht, v.a. in Englisch, Spanisch und Französisch, trägt ebenfalls zu einem vertiefenden europäischen Bewusstsein bei. (...)“

„Wir wollen die kulturelle Bildung stärken und setzen uns daher dafür ein, in den weiterführenden Schulen sog. Profilschulen mit ausgeweiteter Stundentafel in Kunst, Theater und Musik einzurichten. (...)“

„Ebenso forcieren wir die sog. MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), die für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind.“

Das komplette CDU-Landtagswahlprogramm finden Sie unter <https://www.cduhessen.de>

Campusmeile am Alleenring – attraktiv für Studierende, Wissenschaftler und Frankfurter Bürger?

Roundtable mit Bürgergespräch am 19. September 2019

„Die Campusmeile bietet Riesenchancen zur weiteren Vernetzung und Stärkung der Innovationsfähigkeit am Wissenschaftsstandort Frankfurt. Dass Hessen sich so stark engagiert und zusätzlich zum Neubau der HfMdK am Kulturcampus auch den Neubau der Zentralbibliothek der Goethe-Universität an der Campusmeile mit 105 Mio. Euro unterstützen will, zeigt, dass Wiesbaden verstanden hat: Hier reift eine Wissenschaftsperle heran mit enormem Potenzial für Stadt und Region“, unterstrich Bettina M. Wiesmann MdB im Rahmen der Diskussionsveranstaltung. Die frühere Landtagsabgeordnete aus dem Nordend hatte die Idee der Campusmeile gemeinsam mit dem kulturpolitischen Sprecher der CDU-Römerfraktion, Dr. Thomas Dürbeck, dem damaligen Vorsitzenden der CDU Nordend, Rainer Krug, und den drei Hochschulpräsidenten 2014 entwickelt und 2016 öffentlich ins Gespräch gebracht. „Die CDU-geführte Landesregierung macht sich diese Entwicklungsaufgabe seit Jahren zueigen: Die beiden zugesagten Neubauten werden Meilensteine bei der Realisierung der Campusmeile sein. Jetzt ist die Stadt Frankfurt in der Pflicht: Nach Abschluss des studentischen Ideenwettbewerbs muss der in der Koalition beschlossene Masterplan zügig auf den Weg gebracht werden. Eine Maßgabe der Studierenden sollten wir unbedingt beherzigen: die Allee wirksamer machen, z.B. in Form eines ‚Alleenparks‘, und nach Westen über die Nationalbibliothek hinaus verlängern“, so Wiesmann weiter.

„Anders als beim Campus Westend befinden sich viele Grundstücke in Privatbesitz“, ergänzte Dr. Veronica Fabricius, CDU-Ortsbeirätin im Nordend. „Daher müssen wir uns auf den öffentlichen Raum und die Verkehrsthemen konzentrieren. Gut vorstel-



len können wir von der CDU Nordend uns einen internationalen Architektenwettbewerb zur Gestaltung des westlichen Alleenrings mit dem Ziel, die bessere Vernetzung und Integration entlang der Meile voranzubringen, zu denken wäre hier beispielsweise an einen integrierten Fahrradschnellweg, intelligente Querungsmöglichkeiten, aber auch Gelegenheiten zum Verweilen und Austausch.“

„Stadt muss jetzt mitziehen! Land bietet schon wertvolle Unterstützung für Campusmeile in der Wissenschaftsstadt Frankfurt!“

Dürbeck hob die Bedeutung der Verbindung der Meile im Nordend mit dem Kulturcampus Bockenheim und insbesondere dem Naturmuseum Senckenberg hervor. „Entlang der Campusmeile kann ein verdichteter kultureller Raum entstehen, zu dem Lehrende und Lernende, Forschende und Kulturschaffende gleichermaßen beitragen“, so Dürbeck. „Und das ‚Zentrum der Avantgarde‘ auf dem Kulturcampus könnte der krönende Abschluss der Campusmeile werden. Zugleich haben wir mit Senckenberg eine weitere herausragende Institution am Kulturcampus, die wir nicht nur enger an die Wissenschaftsmeile anbinden, sondern auch in unsere Bildungsarbeit bereits für Schülerinnen und Schüler einbeziehen sollten, um mehr Begeisterung für Naturwissenschaften und Technik zu vermitteln.“

Minister Rhein stellte sich dem Gespräch in Form eines „Roundtable mit dem Wissenschaftsminister“, der in den Räumen der ehem. Fachhochschule stattfand. Zu Wort kamen alle drei Hochschulpräsidenten an der Campusmeile, Prof. Frank Dievernich (FUAS), Nils Stieglitz (FS) und Brigitta Wolff (Uni), sowie die Ortsbeirätin Dr. Veronica Fabricius (CDU) und der kulturpolitische Sprecher der CDU-Römerfraktion, Dr. Thomas Dürbeck. Die Studierendenperspektive vertraten Prof. Jean Heemskerk (FUAS), der den studentischen Ideenwettbewerb zur Campusmeile begleitet hatte, sowie Konrad Zündorf vom Studentenwerk Frankfurt. Die Moderation oblag der Bundestagsabgeordneten, die gemeinsam mit dem CDU-Kreisverband und der örtlichen CDU Nordend zu dem Abend eingeladen hatte.



Termine Bettina M. Wiesmann MdB (Auswahl)

13. Oktober Oktoberfest Nieder-Eschbach (12:30 Uhr)
Kundgebung Pulse of Europe, Goetheplatz (14 Uhr)
- 15.–19. Oktober Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
19. Oktober Herbstfest der CDU Kronberg, Vortrag: „Unsere Zukunft: Familie und Bildung“
23. Oktober Gastvortrag bei Les Francelles e.V.: „Où en sommes-nous avec l'avenir européen?“
24. Oktober Kreisvorstand CDU Frankfurt
25. Oktober Flyeraktion mit Bodo Pfaff-Greiffenhagen MdL am Merianplatz (7:45 Uhr)
26. Oktober Verteilaktion beim Infostand der CDU auf dem Friedberger Markt (19 Uhr)
27. Oktober Infostand der CDU am Merianplatz (11 Uhr)
Lerchenherbst der Turngemeinde Bornheim 1860 e.V.
- 28. Oktober Hessische Landtagswahlen**
- 5.–9. November Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
13. November Podiumsteilnahme: Kinderrechte ernst genommen – Konsequenzen für Politik und Praxis (Deutsches Jugendinstitut, Berlin)
16. November Verleihung Hessischer Kulturpreis 2018, Casino Campus Westend
- 7.–8. Dezember 31. CDU-Bundesparteitag in Hamburg